

Haushalts-Rede BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Stadtverordnetenversammlung - 13. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich - auch im Namen meiner Fraktion - bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der Verwaltung bedanken für die mittlerweile vielen hilfreichen Erläuterungen im Haushalt und dafür, dass hier auch immer wieder unsere Anpassungswünsche umgesetzt werden.

Herzlichen Dank auch für die Beantwortung unserer Fragen im Vorfeld der Haushaltsberatungen.

Der Haushalt 2019 - Von SPD und b-now in der Presse gefeiert - weil **sie** ihn als ausgeglichen vorgelegt haben.

Ausgeglichen? Ja, aber warum?

Nicht etwa, weil alles so toll ist und es Neu-Anspach so gut geht.

Und auch nicht, weil - wie die b-now in der Presse zitiert wird - "anders als in vielen früheren Jahren von der Verwaltung ein klarer Fahrplan vorgelegt wurde".

Einen solchen "Fahrplan" - früher auch schon mal von denjenigen, die diesen jetzt feiern als "Giftliste" bezeichnet - gab es schon immer.

Aber wir wissen ja: Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht das Selbe!

Nun aber wirklich zum Haushalt:

Nachdem wir uns selbstverständlich intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt hatten und in diesem Zuge natürlich auch mit den Vorschriften und Erfordernissen der Hessenkasse, hatten wir GRÜNEN in der ersten Beratungssitzung Bedenken gegen eine erneute Kreditaufnahme von 1 Mio. Euro geäußert. Nach den Vorschriften der Hessenkasse ist dies nämlich nicht erlaubt.

Diese Bedenken dann als Spukgeschichte zu bezeichnen - wie von der SPD in der Presse geschehen - ist nicht sehr hilfreich.

Eine pauschale Aussage in der Sitzung "im ersten Jahr der Hessenkasse wird alles noch nicht so eng gesehen" konnten wir so nicht stehen lassen und hatten darum gebeten, dies noch einmal zu überprüfen.

In der Folgesitzung gab es zwar keine rechtlich gesicherte, sondern nur die lapidare Aussage, es handele sich hierbei um eine Soll- und keine Muss-Vorschrift, wie der in der Hessenkasse vorgeschriebene Liquiditätspuffer aufgebaut werden soll.

Dafür wurde aber eine weitere Sparliste vorgelegt, die eine trotzdem weiterhin für einen ausgeglichenen Haushalt erforderliche Kreditaufnahme nun auf mehr als die Hälfte reduziert hat und somit für ein Plus von sagenhaften 213,00 Euro sorgt.

Warum sollte man dies allerdings tun, wenn es doch angeblich nicht erforderlich ist?

Wie wir alle wissen, ist der Haushalt seit Jahren im Bereich Sach- und Dienstleistungen auf ein Minimum ausgelegt.

Doch jetzt wurde dieser Bereich noch einmal pauschal um 7,27 % gekürzt.

Ob dies dann auch im Laufe des Jahres wirklich so umgesetzt werden kann oder ob sogar ein Nachtragshaushalt bzw. Einzelbeschlüsse nötig sein werden, bleibt abzuwarten.

Denn:

Bei allen gebotenen Sparmaßnahmen muss die Verwaltung noch handlungsfähig bleiben.

Getroffen hat es aber hauptsächlich den Personalbereich.

Hier hat der Bürgermeister - zur Reduzierung der trotzdem notwendigen Kreditaufnahme - weitere Einsparungen in Höhe von 140.000,00 Euro eingeplant.

Einsparungen im Personalbereich?

Ja schon, aber bitte vernünftig!

Schade finden wir GRÜNEN, dass durch Streichungen sowohl eine FSJ-Stelle (Freiwilliges Soziales Jahr) für den Bereich Jugendpflege als Unterstützung für unseren Streetworker sowie 2 von geplanten 4 Stellen von Anerkennungspraktikantinnen bzw. -praktikanten in den Kitas zum Opfer gefallen sind.

Gerade hier sollte man zukunftsweisend handeln:

Seit Jahren können nicht alle erforderlichen Stellen in den Kitas besetzt werden, weil es nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher gibt.

Wie sollen wir die je besetzen können, wenn wir nicht selbst auch Ausbildungsplätze bzw. Anerkennungsplätze zur Verfügung stellen?

Dem können wir nicht zustimmen.

Besonders schade ist dabei, dass wir die somit eingesparten 30.000,00 Euro auch erreicht hätten, wenn wir die geplante ganze Stelle eines Wirtschaftsförderers nicht nur auf eine halbe Stelle gekürzt hätten, sondern hier dem Antrag der CDU gefolgt wären und die Stelle für ein Jahr geschoben hätten.

Sicherlich ist auch diese Stelle z.B. im Rahmen des Masterplans 2040 für unsere Stadt wichtig. Diese aber erst im Jahr 2020 wieder neu zu besetzen, wäre auch ausreichend.

Wir GRÜNEN sehen uns allen Neu-Anspacher Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet.

Finanzielle Entscheidungen, Entscheidungen den Haushalt betreffend, fallen nicht immer leicht.

Gerne würden wir das Geld mit vollen Händen ausgeben - wenn wir es denn hätten.

Wir haben es aber nicht.

Deshalb haben wir auch schweren Herzens dem Antrag zugestimmt, für 2019 statt der veranschlagten 240.000,00 Euro für den Bereich Sozialer Wohnungsbau nur den Betrag auf dem Sonderrücklagenkonto (derzeit wohl ca. 170.000,00 - 180.000,00 Euro) zu nehmen.

Damit liegen wir übrigens immer noch über den für dieses Jahr bereitgestellten Mitteln.

Wir konnten hier zustimmen, da im nächsten Jahr wohl sowieso keine einzige Baumaßnahme abgeschlossen sein wird und es außerdem auch keine gesicherte Aussage darüber gibt, dass sich der Betrag für ein Belegungsrecht in einem Jahr tatsächlich von 10.000,00 auf 20.000,00 Euro verdoppelt haben soll.

Selbstverständlich sind wir GRÜNEN für den Sozialen Wohnungsbau und auch immer bereit, dafür Mittel einzustellen.

Sozial zu sein heißt aber nicht, sich nur um den Sozialen Wohnungsbau zu kümmern.

Wir dürfen nicht andere soziale Bereiche aus den Augen verlieren.

Hier sind besonders unsere Jugend und unsere Seniorinnen und Senioren zu erwähnen.

Auch für diese wollen wir Mittel bereitstellen.

Unter anderem für ein besseres Miteinander dieser beiden Bevölkerungsgruppen und eine Zusammenführung in einem Mehrgenerationenhaus.

Auf den Bereich Forst, der Bewirtschaftung unseres Stadtwaldes gehe ich hier jetzt nicht noch einmal näher ein, sondern verweise auf unsere ausführlichen Ausführungen vorhin zu diesem Tagesordnungspunkt.

Warum wir hier wegen marginaler Einsparungen ein großes Risiko mit einer Eigenbeförderung und Zusammenarbeit nur mit Usingen eingehen sollten, ist für uns auf jeden Fall nicht ersichtlich.

Zumal diese Einsparungen überhaupt nur erreicht werden können, weil unser Förster zusätzlich einen Teil des Usinger Stadtwaldes mitbetreuen müsste und Neu-Anspach dafür dann eine Gutschrift erhalten würde.

Eine Not, zum jetzigen Zeitpunkt mit der Beförderung von HessenForst wegzugehen, gibt es nicht und auch keinen wirklichen wirtschaftlichen Vorteil.

Demgegenüber ist dem Haushaltsentwurf übrigens der bereits beschlossene Waldwirtschaftsplan von HessenForst zugrundegelegt.

Das passt leider alles nicht zusammen und dem können wir so nicht zustimmen.

Alles in allem weist der Haushaltsentwurf 2019 für uns zu viele Unsicherheiten auf und deshalb können wir ihm insgesamt leider nicht zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Regina Schirner  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Fraktion Neu-Anspach

Redemanuskript - Es gilt das gesprochene Wort.